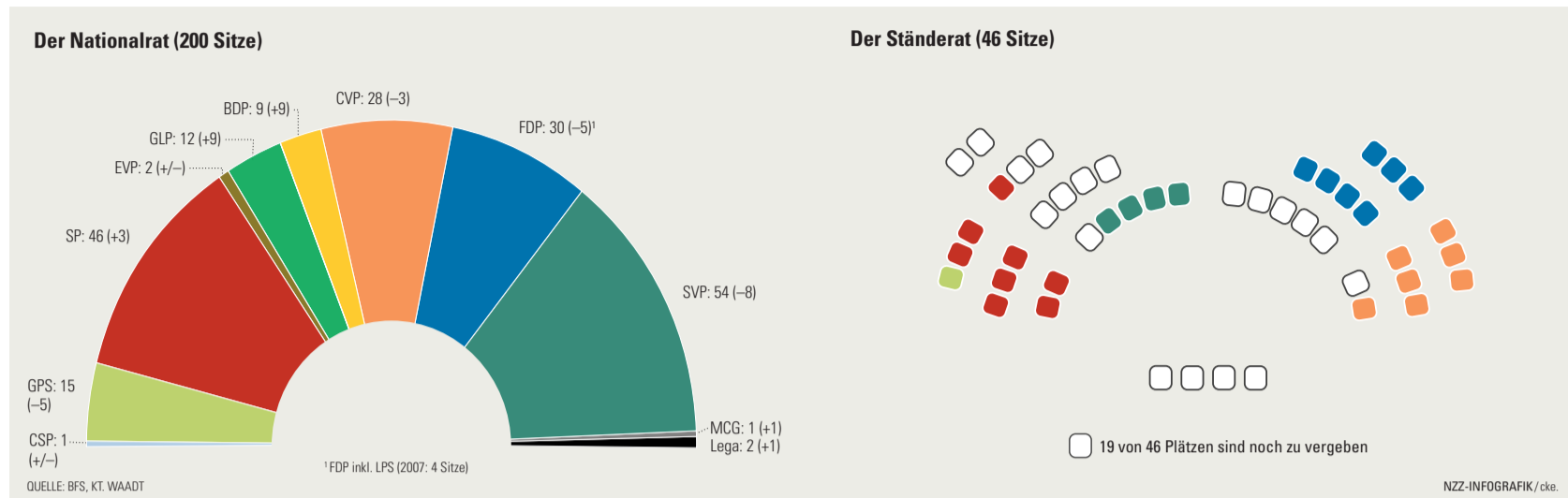


Die CVP zeigt sich gegenüber der neuen Mitte zurückhaltend Seite 10

Die SP sorgt sich vor allem um die eigenen Bundesratssitze Seite 10

Unter dem Dach von BDP und GLP finden viele einen Platz Seite 11

Die FDP kann im Kanton Waadt ihre Sitze halten Seite 13



Die bunte neue Welt im Bundeshaus

Grüner, wirtschaftsfreundlicher, reformfreudiger: Erste Konturen des frisch gewählten Parlaments

Ein Drittel neue Köpfe, darunter viele noch unbekannte, erschweren eine verlässliche Charakterisierung des neu gewählten Parlaments. Gewisse Konturen zeichnen sich aber ab – von der Armee über die Energiepolitik bis zu den Sozialversicherungen.

Beat Waber, Bern

Vor und nach den Wahlen wird vieles als neu verkauft, auch wenn es sich bei genauer Betrachtung als längerfristige Tendenz erweist. Das gilt diesmal besonders für die Versöhnung von Ökologie und Ökonomie, die bei den neuen Mittelparteien seit der Gründung (GLP) oder seit «Fukushima» (BDP) Programm ist. Neu ist das Ziel keineswegs. Früher gab es in allen Parteien Personen, die sich für Umwelt und Wirtschaft einsetzen, in der FDP etwa Lili Nabholz und René Rhinow, in der SVP Ulrich Siedgrist, in der SP Rudolf Strahm und Ruedi Rechsteiner. Einen Trend zu einem grüneren und zugleich wirtschaftsnäheren Parlament gibt es seit weit über zehn Jahren.

Der Trend hat sich am Sonntag aber zweifelloso markant verstärkt durch den Aufschwung der GLP bei gleichzeiti-

gem Rückschlag für die GPS, die in letzter Zeit linker als die SP politisiert hatte. Und das wird Folgen haben. So ist die parlamentarische Mehrheit für einen schrittweisen Ausstieg aus der Atomenergie und eine Energiepolitik, die auf die effiziente Nutzung der Energie und die Förderung erneuerbarer Energien setzt, klar gestärkt worden.

Reform der Altersvorsorge

Andererseits könnten es linke Blockadeversuche gegenüber Reformen bei den Sozialwerken künftig schwerer haben. Viele neue GLP-Vertreter im Nationalrat sind zwar politisch unbeschriebene Blätter, es fällt aber auf, dass sich unter ihnen mehrere Ökonomen finden, von denen man erwarten kann, dass sie die Augen vor wirtschaftlichen Notwendigkeiten wie der Anpassung der Altersvorsorge an die steigende Lebenserwartung nicht verschliessen. Roland Fischer (Luzern), mittlerer Kader in der Eidgenössischen Finanzverwaltung, ist ein Beispiel. GLP-Präsident Martin Bäumle, Befürworter des Frauen-Rentalters 65 und einer rigiden Finanzpolitik, dürfte so in der neuen, 12-köpfigen Fraktion nicht allein bleiben.

Auch an der Schnittstelle von Sozial- und Wirtschaftspolitik sind neue Mehr-

heiten möglich. Ein populäres Thema ist die «Bonussteuer» im Gegenvorschlag zur «Abzocker-Initiative» von Thomas Minder, der selber auf eine Wahl in den Ständerat hoffen kann. Der Nationalrat hatte eine stärkere Besteuerung überhöhter Löhne mit 5 Stimmen Differenz, abgelehnt, während der Ständerat sie befürwortete. Rechnet man Gewinne und Verluste der Parteien, welche die neue Besteuerung unterstützten (SP, GPS, CVP, GLP) oder ablehnten (SVP, FDP, BDP) auf, haben die Befürworter nur wenig zugelegt. Das Geschäft bleibt auf der Kippe und von der Geschlossenheit der Fraktionen abhängig.

Derweil könnten der Armeeausbau und die Beschaffung neuer Kampfjets, die eine bürgerliche Mehrheit vor den Wahlen beschloss, ohne sich um die Finanzierung zu kümmern, nun wieder in Frage gestellt werden. Die Gegner haben mit der Abwahl des Zuger Grün-Alternativen Josef Lang zwar einen Wortführer verloren. Gestärkt wurden insgesamt aber jene Gruppierungen, die nicht bereit sind, wegen der Armee bei anderen Staatsaufgaben, etwa bei Verkehrsbauteilen oder Bildung, Kredite zu kürzen, und die, wie die GLP, zugleich eine höhere Verschuldung ablehnen. Die konkreten Entscheide werden allerdings auch davon abhängen, wie sich die

einzelnen Fraktionen mit den neuen Köpfen künftig positionieren. Links und rechts künden sich Richtungskämpfe an: in der GPS, die Wähler an die eher bürgerliche GLP verloren hat, ebenso wie in der FDP, die sich in den letzten Jahren praktisch aus der Umweltpolitik verabschiedete und Personen wie Christa Markwalder (Bern), die einst aus der Umweltbewegung hervorging, in andere Politikbereiche abdrängte.

Verbandsvertreter im Ratssaal

Interessant ist ferner, welche Verbandsvertreter neu in den Nationalrat einziehen. Die Hauseigentümer können die Wahl dreier Kantonalpräsidenten feiern (Hans Egloff, svp., Zürich; Hansjörg Knecht, svp., Aargau; Olivier Feller, fdp., Waadt), Milchproduzenten und Obstverband die Wahl ihrer Direktoren (Albert Röstli, svp., Bern; und Bruno Pezzatti, fdp., Zug). Auch Gewerkschaften und Berufsverbände verzeichnen Zuwächse: Balthasar Glättli (gps., Zürich, VPOD), Philipp Hadorn (sp., Solothurn, Eisenbahner), Yvonne Feri (sp., Aargau, Lehrerverband). Da es im Parlament oft auch um simple Interessenpolitik geht, ist eine direkte Vertretung für solche Organisationen wertvoll.

Meinung & Debatte, Seite 25

Caspar Baader soll es richten

Die Strategie der SVP

Der SVP-Fraktionschef hat die besten Chancen, als Bundesratskandidat nominiert zu werden. Potenzielle Konkurrenten aus der Romandie überlassen ihm bereitwillig den Vortritt.

sig. · Einige SVP-Politiker, sonst für eine geradlinige Sprache bekannt, üben zurzeit den Konditional. «Wenn – das ist aber nur eine Hypothese – der ideale Kandidat Caspar Baader nicht antreten würde, was sehr schade wäre, und Jean-François Rime auch nicht kandidieren würde und es auch sonst keinen geeigneten Kandidaten gäbe, dann würde ich mich zur Verfügung stellen», sagt der Waadtländer Nationalrat Guy Parmelin. Aber all das sei nur ein Gedankenspiel.

Will er, will er nicht?

Der Freiburger Nationalrat Jean-François Rime wird schon lange als potenzieller welscher SVP-Bundesrat gehandelt. Auch er spricht sich für Baader aus. Unter welchen Umständen er selbst ins Rennen steigen würde, will er nicht sagen; dafür sei es noch viel zu früh. Bei der Wahl des Nachfolgers von Hans-Rudolf Merz 2010 unterlag Rime klar gegen Johann Schneider-Ammann, erzielte aber einen Achtungserfolg. Damals wurde gemunkelt, dass die Partei lieber mit Rime eine absehbare Niederlage einfahren wolle als mit Caspar Baader, der erst dann ins Rennen steigen sollte, wenn die Chancen besser stehen.

Das ist am 14. Dezember, wenn es nicht nur um den Ersatz eines FDP-Bundesrats geht, sicher der Fall. Für die SP ist Baader «nicht a priori wählbar», wie Generalsekretär Thomas Christen sagt. Es sei aber viel zu früh, um sich mit Personalien zu befassen. Zuerst müsse die Grundsatzfrage geklärt werden: «Sollen Bundesräte mit einem guten Leistungsausweis wiedergewählt werden, oder will man der arithmetischen Konkordanz mehr Gewicht geben?» Letztes Jahr begründete Baader den Verzicht auf eine Kandidatur unter anderem mit beruflichen Pflichten und der noch nicht erfolgten Nachfolgeregelung für sein Anwaltsbüro. Diese Hindernisse sind nun aber offenbar aus dem Weg geräumt, wie Fraktionskollegen sagen. Baader selbst war am Montag nicht erreichbar. Doch SVP-Vizepräsident Christoph Blocher spurt vor: «Ich glaube, diesmal ist er zu einer Kandidatur bereit», sagte er noch vor den Wahlen in einem Interview. Oder wie es der Aargauer Luzi Stamm ausdrückt: «Ich glaube, dass er antreten wird. Das ist eine Frage der Überzeugungskraft.»

Drohung mit Parteiausschluss

Stamm plädiert wie die meisten Fraktionsmitglieder, die sich heute schon aus dem Fenster lehnen, für einen Einervorschlag und nicht für mehrere Nominierungen. Im letzteren Fall würden die anderen Fraktionen jenen Kandidaten auswählen, der am weitesten weg von der Parteilinie politisiert. Seit der Abwahl von Christoph Blocher aus dem Bundesrat gibt es in den Statuten der SVP Schweiz eine Widmer-Schlumpf-Klausel: Wer in den Bundesrat gewählt wird, ohne von der SVP-Fraktion dafür offiziell vorgeschlagen worden zu sein, wird sofort aus der Partei ausgeschlossen. – Das Nominationsverfahren wird am kommenden Donnerstag festgelegt, wie SVP-Generalsekretär Martin Baltisser sagt. Die Kantone haben voraussichtlich bis Ende November Zeit, Vorschläge einzureichen. Parteipräsident Toni Brunner brachte am Montag gegenüber Journalisten einige Namen ins Spiel: jene der Regierungsräte Köbi Frei (Ausserrhoden), Res Schmid (Nidwalden) und Heinz Tännler (Zug).

Rechenspiele um die Bundesratsformel

Was eine pure Anwendung der Arithmetik ergeben würde. Von Daniel Bochsler

Würde man Bundesratssitze strikt arithmetisch vergeben, so hätte die BDP trotz Wahlgewinn keinen Anspruch. Auch die FDP müsste den zweiten Sitz abgeben.

Alle Parteien berufen sich heute bei der Besetzung des Bundesrats auf die Gesetze der Arithmetik. Was aber, wenn man diese zum Nennwert nehmen würde? Rechnen wir zunächst die Sitzzahl im Nationalrat. Ein Bundesratsmandat wiegt 28 bis 29 Sitze. Demnach stünden der SVP mit 54 Sitzen knapp 2 Bundesräte zu, der SP (46) 1,6 Sitze, FDP (30) und CVP (28) jeweils 1 Mandat, und den Grünen (15) ein halber Bundesrat (siehe Grafik, schwarzer Balken). Der siebte Sitz wird auf die Kleinstparteien zersplittert. Mit Proporzformeln können gebrochene Sitzansprüche auf- oder abgerundet werden. Am gerechtesten geht André Sainte-Laguës Formel vor, sie kommt in einer wachsenden Zahl von Kantonal- und Gemeindevahlen zur Anwendung. Sainte-Laguës würde SVP und SP je 2 Sitze zugestehen; FDP, CVP und der GPS je 1 Sitz (rote Balken).

Ältere Wahlsysteme, auch das Proporzgesetz für den Nationalrat von 1919, verwenden oft die Hagenbach-Bischoff-Formel, die bei den Kleinen

etwas mehr wegnimmt und an die Grossen weitergibt (blaue Balken). Hier wäre die SVP mit 3 Mandaten Nutznieherin, die Grünen gingen leer aus.

Politisch ist für beide Szenarien in der Vereinigten Bundesversammlung kaum eine Mehrheit zu finden. Viel realistischer erscheinen daher Absprachen der Linken oder der Rechten mit den gemässigten bürgerlichen Parteien, bei denen – entgegen allen mathematischen Spielereien – der BDP- und/oder der zweifache FDP-Anspruch abgesichert würden. Da beide Ansprüche auf Dauer wohl kaum zu halten sind, erscheint es schwierig, hier alle beteiligten Parteien auf eine gemeinsame Linie zu bringen. Dies könnte höchstens dann gelingen,

wenn vorläufig alle Bisherigen wiedergewählt würden, die SVP auf später vertröstet und der Entscheide hinausgeschoben würde. Unklar ist zudem, auf welcher Seite sich die GLP einspannen liesse, deuten doch Äusserungen von GLP-Präsident Martin Bäumle darauf hin, dass die Partei sich trotz Atomausstiegentscheid wenig für eine Wiederwahl von Widmer-Schlumpf erwärmen lassen will.

Nun liesse sich einwenden, dass nicht Sitzzahlen, sondern Wähleranteile für die Verteilung der Bundesratssitze massgeblich seien. Dies würde aber an den Ergebnissen, wie sie hier dargestellt sind, nichts ändern. Nur wenn es zu einer CVP-BDP-EVP-Fraktionsge-

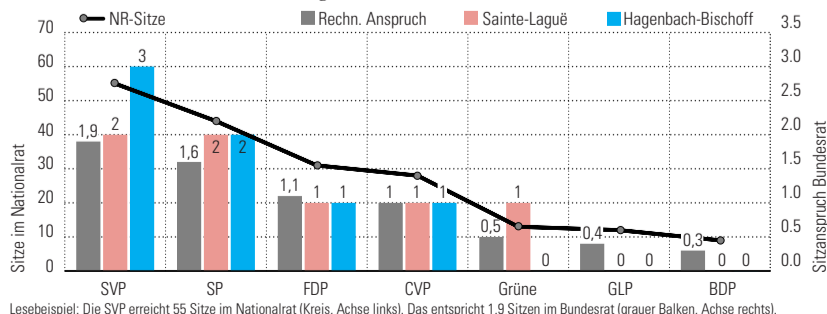
meinschaft käme, könnte diese erweiterte Fraktion den Anspruch auf 2 Sitze geltend machen. Dies ist im Moment aber nicht absehbar. Zudem würde auch dieser Anspruch nur bei einer Berechnung der Sitzansprüche mit der Hagenbach-Bischoff-Formel aufgrund allein der Nationalratssitze entstehen.

Die FDP wiederum könnte sich dank einem Ständerats-Sitzgewinn in Graubünden auf die Sitzzahl in der Vereinigten Bundesversammlung abstützen und dabei ebenfalls nach dem Modell Hagenbach-Bischoff rechnen. Das zweite FDP-Bundesratsmandat hinge indes an einem hauchdünnen Faden: Eine einzige Mandatsverschiebung von FDP zu CVP bei einem der bevorstehenden zweiten Ständerats-Wahlgänge würde das Blatt wieder wenden. Und ausgerechnet die FDP bezieht sich ja in jüngerer Zeit bei ihrem Bundesratsanspruch eher auf die Wähleranteile als auf die effektiven Sitzzahlen.

Die pure Arithmetik ist somit kein realistisches Argument für den Anspruch auf Bundesratssitze. Die Regierungszusammensetzung ist und bleibt eine primär politische Frage. Mehr Transparenz über Absprachen unter den Parteien wären dienlicher als arithmetische Argumente.

Daniel Bochsler ist Assistenzprofessor am Zentrum für Demokratie Aarau und beim NCCR Democracy.

Arithmetik bei der Verteilung von Bundesratssitzen



NZZ-INFOGRAFIK/cke.